

## **Berliner Europapolitische Positionen**

### **der Landesverbände Berlin, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern Bündnis 90/Die GRÜNEN**

**Beschluss des gemeinsamen Parteitages am 18. Oktober 2008**

#### **1. Die Europäische Union – ein Erfolgsmodell?**

Die Ideen, die Generationen europäischer Bürgerinnen und Bürger zum Handeln bewegten und zur Gründung der Europäischen Union führten, bleiben weiterhin der Motor für die zunehmende Integration Europas: Der Wunsch nach Frieden und Verständigung, nach sozialer Sicherheit und Freiheit. So wurde etwa der weitgehend friedliche Transformationsprozess in den osteuropäischen Staaten durch die Integrationskraft der Europäischen Union befördert. Heute profitiert gerade unsere Region von offenen Grenzen und guten nachbarschaftlichen Beziehungen. Jedoch stehen wir vor neuen Herausforderungen, für die es neue Visionen zu formulieren gilt. Der Wunsch nach einer sozial gerechten, ökologischen und insgesamt nachhaltigen Gestaltung Europas wird als Forderung nicht nur von Bündnis 90/Die GRÜNEN immer stärker artikuliert. Eine EU, die sich nur als Hüterin des Binnenmarktes versteht, dabei aber soziale und ökologische Belange außer acht lässt, ist den Herausforderungen von Globalisierung und Klimawandel nicht gewachsen und wird den Bedürfnissen der Menschen nicht gerecht.

Je mehr Aufgaben auf der europäischen Ebene wahrgenommen werden, desto stärker gilt es, sich konsequent für eine umfassende demokratische Kontrolle europäischer Entscheidungen einzusetzen. Die geringere Entscheidungskompetenz der Parlamente bedeutet ein Demokratiedefizit, das nicht nur für die politischen EntscheidungsträgerInnen ein Problem darstellt, sondern auch für die BürgerInnen ungewohnt ist. Werden schon die nationalen Parlamente und Regierungen als „die da oben“ und „weit von den BürgerInnen entfernt“ empfunden, so steigert sich der gefühlte Abstand zwischen der Politik und den BürgerInnen im europäischen Kontext nochmals. Die Europäische Union wird als ferner bürokratischer Apparat wahrgenommen, obwohl es im Vergleich zur nationalstaatlichen Verwaltung gar nicht stimmt. Dagegen müssen wir durch unsere Kommunikation über die EU, aber auch durch unsere konkrete Politik angehen. Um dem Misstrauen entgegenzuwirken, müssen verstärkt Gemeinsamkeiten der Parteien über nationale Grenzen hinweg gesucht und gefunden werden. Deshalb arbeiten wir eng mit unseren grünen Freundinnen und Freunden in unseren europäischen Nachbarländern wie Polen und Schweden zusammen. Wir haben schon im Europawahlkampf 2004 gezeigt, dass wir europäisch denken und Grenzen nicht nur in den Köpfen, sondern auch tatsächlich überschreiten. Als Europäische Grüne Partei haben wir europäische Parteigeschichte geschrieben, indem wir als erste Partei mit einem gemeinsamen Manifest, einer gemeinsamen Wahlkampagne und einem gemeinsamen Spitzenteam angetreten sind. Nur wenn die Bürgerinnen und Bürger ihre Interessen und Bedürfnisse angemessen berücksichtigt sehen, wird ein einiges Europa als Chance und nicht als Bedrohung wahrgenommen. Das bedeutet in der Konsequenz ein Europa, in dem Entscheidungen von der kleinsten dafür geeigneten Einheit getroffen

## Berliner Europapolitische Positionen

werden dürfen. Damit Europa als Chance und nicht als Bedrohung wahrgenommen wird, ist es daher wichtig, bei allen Entscheidungen im Sinnes des Subsidiaritätsprinzip zu überlegen, welche Ebene am besten geeignet ist, um grüne Ziele und Inhalte am besten umzusetzen.

Wir Bündnisgrünen wollen eine starke Europäische Union, weil Probleme wie Umweltverschmutzung, Klimawandel oder Energieversorgung nicht allein auf nationaler Ebene lösbar sind. Wir sind für eine starke Europäische Union, weil sie sich als Friedensgarantin bewährt hat, Menschen zusammenbringt und ihre Mitgliedsstaaten miteinander in Verbindung setzt. Und wir wollen eine starke Europäische Union, weil wir nur so für Menschenrechte und Frieden, für Umwelt- und gerechte Sozialstandards innerhalb und außerhalb der EU eintreten können.

### **2. Für die Vertiefung der europäischen Beziehungen - für eine Weiterentwicklung der Europäischen Union**

Wir Bündnisgrünen sind die Europapartei, weil wir die EU weiterdenken: Für uns ist die EU kein Alibi für Entscheidungen, die wir nicht vor unseren WählerInnen verantworten wollen. Wir wollen ein Europa mit starken Regionen, das weiter zusammen wächst und begreift, dass es gemeinsame Ziele hat – eben genau, weil Europa mehr ist als ein Konstrukt unterschiedlicher nationaler Interessen und Eliten. Wir Grüne setzen auf eine Vertiefung der europäischen Beziehungen. Doch auch als überzeugte EuropäerInnen bleiben wir kritisch: Das alleinige Argument, der Reformvertrag von Lissabon sei notwendig, um die EU effizienter zu machen, ist wenig überzeugend. Eine bessere Handlungsfähigkeit der EU ist erforderlich, um unsere Politikziele besser umsetzen zu können.

Bündnis 90/Die GRÜNEN teilen die Kritik hinsichtlich des gewählten Verfahrens, welches zum Vertrag von Lissabon geführt hat. Bürgerinnen und Bürger hatten nicht die Möglichkeit über die Inhalte des Vertrags von Lissabon zu diskutieren. Nur wenige haben den Inhalt des Vertragswerks zur Kenntnis genommen, auch ist er wegen der vielen Kompromissformulierungen schwer lesbar. Viele der bürokratisch anmutenden Regelungen sind Ergebnis nationaler und parteipolitischer Egoismen oder Ausnahmeregelungen. Die europäische Perspektive blieb dabei zu häufig auf der Strecke. Es fehlt das Bekenntnis zu einer Union nicht nur der Staaten, sondern auch der Bürgerinnen und Bürger.

Die Erfolge der EU sind vielen Menschen selbstverständlich geworden, weil sie – wie z.B. Frieden oder eine enge zwischenstaatliche Kooperation – nicht mehr wegzudenken sind. Doch nur die Vorteile des geeinten Europas werden als Erfolge nationaler PolitikerInnen präsentiert, während für Unliebsames die Verantwortung nach Brüssel geschoben wird. Die EU als politische Union hat keine Anwältin und kein Sprachrohr. Es war sicherlich auch die mager ausgefallene Überzeugungsarbeit, die sich im Abstimmungsergebnis in Irland niedergeschlagen hat.

Die Ablehnung des Reformvertrages durch die Mehrheit der IrInnen ist anzuerkennen. Ein schlichtes „Weiter so“ darf es nicht geben. Zugleich darf die Zustimmung vieler anderer Länder nicht ignoriert werden.

## Berliner Europapolitische Positionen

Wir plädieren deswegen dafür, im Wege einer Volksabstimmung, die europaweit und an einem Tag stattfindet, über den Vertrag zu entscheiden.

Denn Eines wollen wir Bündnisgrüne: Wir werben weiterhin für eine einige und starke Europäische Union. Wir sehen darin die Chance, dass so langfristig für die Bürgerinnen und Bürger mehr Rechte, Freiheit und soziale Sicherheit erreicht werden können.

Bündnis 90/Die GRÜNEN halten am Reformvertrag von Lissabon fest, weil der Vertrag die innereuropäische Demokratie und Transparenz stärken würde. Dies drückt sich vor allem durch die Aufwertung des Europaparlaments aus. Auch begrüßen wir ausdrücklich die Einführung europäischer Bürgerbegehren als einen weiteren Schritt zu einem Mehr an Demokratie. Zusammen mit einer klareren Kompetenzverteilung zwischen der Europäischen Union und den Mitgliedsstaaten sind die europäischen Entscheidungen stärker demokratisch kontrolliert und legitimiert.

Eine stärkere gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union ist notwendig, damit Europa nicht nur nach innen, sondern auch nach außen stabilisierend und Frieden stiftend wirken kann. Wir befürworten deshalb einen „Hohen Vertreter für die Außen- und Sicherheitspolitik“. Die Vorstellung, dass ein einiges Europa als stabilisierender Faktor weltweite Bedeutung erhält und somit friedensstiftend wirkt, muss immer wieder deutlich herausgestellt werden, damit ein mächtiges Europa nicht als Bedrohung empfunden wird.

Bündnis 90/Die GRÜNEN sehen in der europäischen Bewegung weiterhin die Chance, dauerhaft Frieden und Sicherheit in Europa zu bewahren. Insofern lehnen wir Bündnisgrüne die Vorgaben des Lissabonner Vertrages ab, wonach sich die Mitgliedsstaaten „verpflichten (...), ihre militärischen Fähigkeiten schrittweise zu verbessern“ und eine „Agentur für die Bereiche Entwicklung der Verteidigungsfähigkeiten, Forschung, Beschaffung und Rüstung - Europäisches Amt für Rüstung, Forschung und militärische Fähigkeiten“ einzurichten. Die EU sollte weiterhin vor allem eine zivile Rolle in den internationalen Beziehungen spielen. Wir fordern von der Europäischen Union, nach innen und außen friedensstiftend tätig zu werden.

Die Europäische Union darf keinen Limes um sich herum errichten. Ein Bollwerk EU – wie es „Frontex“ und die EU-Migrationspolitik vorsehen – lehnen wir daher ab. Vielmehr treten wir für eine EU der verschiedenen Kulturen und Religionen ein, für legale Migration, für Integration und Vielfalt, für eine menschliche Flüchtlingspolitik und damit gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit. Menschenverachtende Ideologien und rechtsextreme Parolen müssen gerade auch in Europa aufgebrochen und in ihrer Absurdität bloßgestellt werden.

Bündnis 90/Die GRÜNEN fordern von der Europäischen Union eine aktive Rolle bei der Gestaltung der Globalisierung. In diesem Punkt bietet der Reformvertrag viele Chancen. So sieht er vor, die Grundrechte-Charta rechtsverbindlich werden zu lassen. Diese Charta garantiert den Bürgerinnen und Bürgern der Europäischen Union verbindliche Arbeits- und Sozialrechte, die sie vor den Gerichten geltend

machen können. Die Durchsetzung von sozialen Mindeststandards ist ein erklärtes Ziel von Bündnis 90/Die GRÜNEN.

Bündnis 90/Die GRÜNEN begrüßen ausdrücklich, dass der Vertrag von Lissabon Klimaschutz und Energiesolidarität zum Ziel erklärt hat. Unter der Großen Koalition hat Deutschland seine umwelt- und klimapolitische Vorreiterrolle aus den Zeiten der bündnisgrünen Regierungsbeteiligung verloren. Die Bundesregierung hat wieder und wieder große Ziele verkündet, aber in der Ausgestaltung bisher stets versagt. Schlimmer noch, unser Land ist europaweit zum Bremser geworden. Ohne die Europäische Union würde die Regierung Merkel keine Rücksicht auf Umwelt und Klimaschutz nehmen und die strengen Klima-Auflagen für die deutsche Industrie nicht durchsetzen. Die deutschen Autohersteller produzieren – auch wegen fehlender gesetzlicher Vorgaben – europaweit die Pkw mit den schlechtesten CO<sub>2</sub>-Werten. Das gefährdet nicht nur das Klima, sondern langfristig auch Tausende von Arbeitsplätzen.

### **3. Europäische Chancen für Berlin, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern**

Ein bürgernahes Europa ist ein Europa der Regionen. Gerade für die Grenzregionen Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg und in Berlin spielt die Europäische Union eine wichtige Rolle. Wir erleben, wie die EU Grenzkontrollen wegfallen lässt, Austausch über Grenzen ermöglicht und neue Job- und Lebensperspektiven für die Menschen in der Region eröffnet.

Wir sind uns bewusst, dass gerade Umwelt- und Klimaschutz nur grenzübergreifend Erfolg haben kann. Kohlekraftwerke oder Atomkraftwerke wirken sich jenseits von Landesgrenzen aus. Selbst wenn die Bundesregierung derzeit nicht am Atomausstiegvertrag rütteln würde, sind wir durch einen möglichen Bau des AKW im polnischen Gryfino betroffen.

Bundes- und Landesregierungen müssen Einsparvorgaben der EU einhalten, denn nur so wird Energiepolitik und Klimaschutz effektiv – über die Grenzen hinweg. Das europäische Klimapakete kann dazu einen Rahmen bieten. Wir hätten uns ambitioniertere Ziele gewünscht. 20 Prozent CO<sub>2</sub>-Einsparung bis 2020 ist uns definitiv nicht genug. Trotzdem ist die EU Vorreiterin, gerade was die Zielvorgaben für den Ausbau Erneuerbarer Energien betrifft. Hinter den EU-Zielen darf keine Landesregierung zurückbleiben. Selbst diese Selbstverständlichkeit wird jedoch nicht in allen Kabinetten akzeptiert. Durch einen konsequenten Emissionshandel, der 100 Prozent der Zertifikate versteigert, werden die Folgeschäden der Kraftwerke den Verursachern auferlegt. Dies ist ein weiteres Mittel, CO<sub>2</sub>-Einsparungen voranzutreiben.

Europaweite Kriterien für Wirtschaft und Ökologie sind Grundvoraussetzung für gemeinsames Handeln. So müssen nach Auffassung von Bündnis 90/Die GRÜNEN solche Kriterien entwickelt werden, die dazu führen, dass Jämschwalde als viertreckigstes Kraftwerk in Europa und weitere Kraftwerke abgeschaltet werden müssen. Gerade die Tagebaue und Kraftwerke in Brandenburg belasten eben nicht nur die Brandenburgerinnen und Brandenburger, sondern auch die Menschen wenige Kilometer weiter östlich in Polen. Ebenso wie wir mitreden wollen, wenn es

## Berliner Europapolitische Positionen

um den Ausbau der Oder und um das AKW in Gryfino geht, so sollen auch die Polinnen und Polen mitentscheiden können, wenn CO<sub>2</sub>-Schleudern wie das Kraftwerk Jänschwalde in direkter Grenznähe betrieben werden. Zudem versucht Vattenfall, dem schwedischen Parlament vorzugaukeln, der Konzern würde in Deutschland eine klimafreundliche und Arbeitsplatz schaffende Strategie verfolgen. Dies ist pure Falschinformation angesichts der Dreckschleudern Jänschwalde und Schwarze Pumpe, des Abbaggers ganzer Landstriche und des Arbeitsplatzabbaus von Vattenfall in Brandenburg. Nichts Anderes gilt für das Kraftwerk Lubmin, welches in Deutschland und Dänemark zu Auseinandersetzungen führt.

Hier zeigt sich, dass wir europaweit zusammen arbeiten müssen. Und das tun wir Bündnisgrüne auch: Die schwedischen Grünen unterstützen uns in unserem Kampf gegen neue Tagebaue in Brandenburg. Bündnis 90/ Die Grünen und die polnischen Grünen „Zieloni 2004“ haben bereits in der Vergangenheit bei verschiedenen Aktionen Zusammenhalt bewiesen. Die Europäische Sommeruniversität fand in Frankfurt/ Oder und Slubice statt.

Die EU muss effiziente Strukturpolitik durch Projektentwicklung von unten leisten. Wirtschaftliche, soziale und territoriale Kohäsion und Konzepte eigenständiger Entwicklung müssen europaweit gestärkt werden. Dies gilt insbesondere für Regionen, die starken Alterungs- und Abwanderungstendenzen unterworfen sind. Ökologische Standards sind in der Regionalentwicklung zu verankern und zu sichern. Nur so sind die einmalig schönen Landschaften in Brandenburg, in Mecklenburg-Vorpommern und Polen als Naturraum und Raum für nachhaltigen Tourismus zu sichern, ist eine weitere Zerstörung des europäischen Naturerbes zu verhindern. Ebenfalls wollen wir den sanften Tourismus und die grenzüberschreitende Mobilität der Menschen vor Ort unterstützen. Dafür braucht es aber keine Autofähren oder große Brückenprojekte. Personen- und Fahrradfähren über Oder und Neiße sind für den kleinen Grenzverkehr viel besser geeignet. Bereits vorhandene Radwanderwege wollen wir weiter in einem europäischen Netz verknüpfen.

Europa verbindet die Menschen, und die Europäische Union soll dies fördern. Die Europäische Union unterstützt viele Verkehrsprojekte in den Regionen. Wir Bündnisgrüne bemängeln aber, dass die Mitgliedsstaaten von Brüssel fast nur überkommene Konzepte des Automobilverkehrs kofinanziert haben wollen, bzw. die Fördergelder vor Ort als Betoniersubvention verstanden werden. Was fehlt, ist die Einbeziehung aller Verkehrsträger. Wir fordern einen Abbau der Privilegierung von umweltschädlichen Verkehrsträgern wie der Straße zu Gunsten einer Privilegierung des Schienen- und des öffentlichen Nahverkehrs.

Die Europäische Union fördert derzeit gigantische Infrastrukturausbauten, der weitere Ausbau von Straßen wird genau so mitfinanziert wie die Zerstörung von Flusslandschaften für breite Schifffahrtswege. Ein europaweites Bahnnetz könnte Regionen verbinden und Menschen und Güter schnell und umweltfreundlich von Vilnius nach Barcelona bringen. Auch hängt die Fehmarnbeltbrücke Mecklenburg-Vorpommern ab und verlagert Verkehr von der Schiene auf die Straße. Gerade in unseren Regionen wollen wir umsteuern, um dem zunehmenden und umweltschädlichen LKW-Transitverkehr zu begegnen. Auch der Verkehr von LKW, Schiff und Flugzeug soll in den Handel mit Emissionszertifikaten zu 100 % einbezogen werden. Dank grünem Druck sind erste Schritte dazu auch bereits getan.

## Berliner Europapolitische Positionen

Nur mit einer breiten Akzeptanz seiner BürgerInnen kann und wird die EU ein Garant für eine gerecht gestaltete Globalisierung werden: mit dem Blick auf das Kleine, mit dem Vertrauen auf die Menschen vor Ort. Ein solches Europa ist das Ziel von Bündnis 90/Die GRÜNEN.